

So zeigt sich bei den deutschen Direktinvestitionen in den USA seit dem Inkrafttreten des IRA ein gemischtes Bild. Im Jahr 2023 gingen die deutschen Direktinvestitionen in die USA mit über 18 Milliarden Euro sehr deutlich zurück, im ersten Halbjahr 2024 stiegen sie dagegen um 19 Milliarden Euro kräftig an.

Expertengespräche, die das IW für eine Studie der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (VBW) Studie geführt hat, machten deutlich: Der IRA mag zwar die Attraktivität der USA als Investitionsstandort gestärkt haben, aber das Subventionsprogramm „spielt in aller Regel nur eine stark untergeordnete Rolle für mögliche Verlagerungsentscheidungen“.

Auch eine Umfrage unter rund 300 bayerischen Unternehmen bestätigt dieses Bild weitgehend. Da es im Freistaat besonders viele exportstarke Firmen gibt, würde der IRA, wenn er die befürchteten negativen Effekte für die deutsche Wirtschaft hätte, die bayerische besonders stark treffen.

Laut der Umfrage spielt jedoch für rund neun von zehn aller befragten Firmen der IRA als Verlagerungsanreiz keine Rolle. Nur für rund zehn Prozent der bayerischen Firmen hat das US-Förderprogramm eine Relevanz für die Verlagerung von Investitionen oder Produktion.

„Da der IRA weniger negative Auswirkungen hat als befürchtet, ist vor überzogenem industriepolitischen Aktionismus zu warnen“, heißt es in der VBW-Studie. „Wichtiger als die selektive Förderung einzelner Branchen und Unternehmen ist eine gute allgemeine Wirtschaftspolitik zur Stärkung von Standortqualität und unternehmerischer Wettbewerbsfähigkeit.“

Auch unter Harris kann es zu Kürzungen kommen

Das IW weist darauf hin, dass seit Inkrafttreten erst etwas mehr als zwei Jahre vergangen sind und die Effekte sich auch noch ändern könnten. Das hängt allerdings auch davon ab, wie es mit dem IRA nach den US-Wahlen an diesem Dienstag weitergeht.

Auch wenn der republikanische Präsidentschaftskandidat Donald Trump gewinnen sollte, scheint eine Abschaffung wenig wahrscheinlich, da die IRA-Subventionen zu einem erheblichen Teil auch in republikanische Bundesstaaten fließen. Allerdings könnte Trump die deutsche Autoindustrie hart treffen, wenn er innerhalb des IRA eine Leasing-Ausnahme abschaffen würde. Exportierte E-Autos wären dann nicht mehr förderfähig, und deutsche Autobauer, die in den USA produzieren, hätten gegenüber US-Marken deutliche Wettbewerbsnachteile.

Sollte die demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris gewinnen, wird sie den IRA weiterführen. Allerdings sind auch unter ihr Kürzungen im Programm nicht ausgeschlossen.

Das Haushaltsdefizit der USA betrug im Jahr 2023 neun Prozent. Auch wenn weder Harris noch Trump den Schuldenabbau im Wahlkampf zu einem großen Thema gemacht haben, könnte das hohe Defizit jede neue Regierung über kurz oder lang zu Einsparungen zwingen, erwartet das IW. „Damit würde die IRA-Förderung zumindest für einige Produkte deutlich geringer ausfallen oder wegfallen“, so das Institut. Und die Folgen für die deutsche Wirtschaft wären dann noch geringer als bisher.

Nahost

Golfstaaten hoffen auf Trump

Israel und die Golfstaaten wollen wirtschaftlich enger kooperieren, doch der Gazakrieg verhindert ein weiteres Zusammenrücken. Liegt die Lösung des Problems in Washington?

Pierre Heumann Tel Aviv

Die Golfstaaten blicken gebannt nach Amerika. In Riad, Abu Dhabi und Doha stellt man sich eine zentrale Frage: Wird der Wahlausgang mittelfristig ihr Verhältnis zu Israel auf eine neue Grundlage stellen? Sowohl Kamala Harris als auch Donald Trump wären zwar daran interessiert, sagt Yazo Sever, Vorsitzender der israelisch-golfstaatlichen Handelskammer. Doch anders als Harris würde Trump „aggressiven Druck“ auf Israels Premierminister Benjamin Netanjahu ausüben, einen Staat Palästina zu akzeptieren. Das sei die Voraussetzung dafür, die Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen.

2020 hatte Israel eine ökonomische Allianz mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Marokko unterschrieben, die Abraham-Abkommen. Wichtiger Impuls war es, gegenüber dem gemeinsamen Gegner Iran zusammenzurücken. Dem Gazakrieg hat dieses Abkommen bis heute standgehalten. Dies sei „ein starkes diplomatisches Signal, dass die Beziehungen Bestand haben“, sagt ein europäischer Diplomat in Abu Dhabi, der Hauptstadt der Emirate.

Dennoch: Das Abkommen ist massiv unter Druck geraten. Die sunnitischen politischen Eliten Bahains und der Emirate lehnen die vom schiitischen Iran unterstützte Terrororganisation Hamas zwar ab, sympathisieren aber mit den Palästinensern im Gazastreifen und kritisieren das Leiden der Zivilbevölkerung durch Israels Feldzug. Sollte Israel aber unter dem Druck der USA einen palästinensischen Staat akzeptieren und sollten die Friedensgespräche vorankommen, könnte nicht nur das Bündnis zwischen Israel, den Emiraten und Bahrain gestärkt werden: Auch das wirtschaftlich mächtige Saudi-Arabien könnte dieser Allianz dann beitreten, betont Édouard Cukierman. Der Investor ist geschäftsführender Gesellschafter von Catalyst Funds, einer der führenden israelischen Private-Equity-Firmen.

Unter US-Präsident Joe Biden habe die Zusammenarbeit mit den Golfstaaten „keine Fortschritte gemacht“, sagt Cukierman, der auch Vorsitzender des Cukierman Investment House ist. Wenn aber Trump gewählt werde, hofften viele Israe-

lis, „dass das Abraham-Abkommen auf weitere Länder und vor allem auf die Saudis ausgeweitet wird“. Sowohl Kamala Harris als auch Donald Trump würden sich zwar darum bemühen, die Abraham-Abkommen auf Saudi-Arabien auszudehnen, sagt auch Sever von der israelisch-golfstaatlichen Handelskammer. Doch nur demjenigen werde das gelingen, der Netanjahu von der Notwendigkeit zumindest eines politischen Horizonts für einen eigenen Palästinenser-Staat bewegen könne. Trump würde dies mit mehr Nachdruck als Harris tun, was aber nicht bedeute, dass er ein besserer Präsident wäre, sagt Sever, der sich dem linken politischen Lager zu rechnet. Die Biden-Regierung war zwar auch intensiv um ein Abkommen zwi-



Israelischer Soldat: Noch liegt ein Friedensplan in weiter Ferne.

schen Israelis und Saudis bemüht, doch der Gazakrieg beendete die diplomatische Annäherung abrupt.

Wie viel Dynamik das Abkommen entfalten kann, zeigte sich bereits kurz nach dessen Unterzeichnung vor vier Jahren: Umgehend reisten zahlreiche israelische Unternehmer mit Direktflügen von Tel Aviv in die Golfstaaten, um neue Geschäftsbeziehungen zu knüpfen und bestehende Kontakte, die zuvor geheim gehalten worden waren, auszubauen.

Noch läuft es wirtschaftlich rund zwischen Israel und den Emiraten, auch wenn die Spannungen im Zuge des Kriegs wachsen: 2023 belief sich der Gesamthandel auf rund 2,9 Milliarden Dollar. In diesem Jahr könnte der Betrag sogar etwas höher liegen, rechnet das Statistische Amt in Jeru-

salem vor. Auch Israels Handel mit Marokko und Bahrain hat in diesem Jahr deutlich zugenommen – trotz früherer Drohungen Bahains, die Handelsbeziehungen zu kappen.

Das Potenzial für den Handel mit den Golfstaaten und Marokko ist gewaltig, wobei die Statistik den „umfangreichen Handel“ (Sever) mit Rüstungsgütern und Cybertechnologie gar nicht berücksichtigt. Dazu gehören nachrichtendienstliche Ausrüstung, Drohnen, Aufklärungsflugzeuge, F-16-Auflistungsdienste und Cybertechnologien. Allerdings: Meinungsumfragen zeigten, dass die Unterstützung für die Abraham-Vereinbarungen sinkt. In den Emiraten und Bahrain sahen nur 27 beziehungsweise 20 Prozent der Befragten das Abkommen als positiv für die Region an. Im Jahr 2020 waren es noch 47 beziehungsweise 45 Prozent gewesen.

Geschäfte zwischen Israel und den staatlichen Unternehmen der Emirate, die den größten Teil des Geschäfts ausmachen, sind politisch weniger belastet als der Handel mit privaten Unternehmen. Der private Sektor befürchtet häufig Imageprobleme, wenn er mit Israel kooperiert, sagt ein Experte. Die Zerstörungen in Gaza und jetzt auch im Libanon erschwerten es arabischen Ländern, offen zu ihren Wirtschaftsbeziehungen mit Israel zu stehen, sagt Sever. „Deshalb versteckt man am Golf jetzt das Label made in Israel.“ Das ist mehr als Symbolik.

Politiker aus den Emiraten betonen regelmäßig die Notwendigkeit einer palästinensischen Eigenstaatlichkeit, um den aktuellen Konflikt zu beenden und einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten zu gewährleisten. Vorerst stellen sich die Emirate aber auf den Standpunkt, dass die Abraham-Abkommen und die Handelsbeziehungen mit Israel wichtig sind. Sie verschafften dem Land erst den Zugang zu Gaza, um dort humanitäre Hilfe leisten zu können. Je länger der Krieg dauert, desto stärker scheint aber der Wille der Emirate, an den Beziehungen zu Israel festzuhalten. So haben die Fluggesellschaften Fly Dubai und Etihad ihre Flüge nach Israel nur an einzelnen Tagen eingestellt – dies im Gegensatz zu europäischen und amerikanischen Airlines, die die Destination Tel Aviv nicht mehr anfliegen.



Tel Aviv: Ein enger Handelspakt zwischen den Golfstaaten und Israel hätte großes ökonomisches Potenzial.